



Projektland: Indonesien

**Quartal/Jahr: Oktober – Dezember
2010**

Politische und wirtschaftliche Entwicklung im Projektland/in der Region

1. Innenpolitik

Steigende religiöse Spannungen in Indonesien

Ein Jahr Präsidentschaft von SBY – Kritische Stimmen

Mutmaßliche Korruptionsfälle im indonesischen Verfassungsgericht

Diskussion um die Stellung des Sultans in der autonomen Provinz Yogyakarta

2. Außenpolitik

Barack Obama besucht Indonesien

Führungsrolle von Indonesien im ASEAN-Staatenbündnis

3. Wirtschaft

**Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung benötigt Indonesien
mehr Investitionsanreize**

4. Sonstiges

Erneute Naturkatastrophen in Indonesien

1. Innenpolitik

Steigende religiöse Spannungen in Indonesien

Auch zu Ende des Jahres kommt Indonesien nicht zur Ruhe. Übergriffe auf religiöse Minderheiten und deren Glaubensstätten nahmen im Berichtszeitraum erheblich zu und prägten die Schlagzeilen der englischsprachigen Zeitungen in Indonesien. So ergab eine Umfrage des Setara Instituts im Großraum Jakarta, dass fast 50% der Befragten die Errichtung einer Glaubensstätte einer nicht-islamischen Religion in ihrer Nachbarschaft ablehnen. Dieses Ergebnis basiert auf einer Befragung von 1.200 Bewohnern aus Jakarta und den Umlandgemeinden Tangerang, Bekasi, Depok und Bogor. Im räumlichen Verteilungsbild ergaben sich erhebliche Unterschiede bei den Einstellungen der Befragten. Immerhin 75% der Bewohner der Stadt-Randgemeinden Bekasi und Depok nahmen eine ablehnende Haltung gegenüber Glaubensstätten anderer Religionen ein. Innerhalb der Stadt Jakarta dagegen teilten nur weniger als 50% der Befragten diese Meinung.

Das Befragungsergebnis wird auch durch die Zunahme gewaltsamer Konflikte in den oben genannten Gebieten bestätigt. So nehmen besonders in den Umlandgemeinden die Angriffe der islamischen Verteidigungsfront (*FPI*) erheblich zu, insbesondere auf Gemeinden der protestantischen *Batak*-Kirchen (*HKBP*). Ein prominentes Beispiel ist die erzwungene Schließung eines Kirchengebäudes in Bekasi, durch die die Gemeinde genötigt war, ihre Gottesdienste im Freien zu veranstalten. Bei einem erneuten Überfall der *FPI* während eines dieser Gottesdienste wurde der Priester schwer verletzt. Ein weiterer Zwischenfall ereignete sich Mitte Dezember in der Stadt Bandung. Ein Gottesdienst der protestantischen *Batak*-Kirche mit immerhin mehr als 400 Gläubigen wurde von einer anderen extremen islamischen Gruppierung gewaltsam unterbrochen, so dass die Gemeindemitglieder unter Polizeischutz ihre Gebetsstätte verlassen mussten. Als Grund für die Störung wurde angegeben, dass der Gottesdienst in einem Wohnhaus durchgeführt wurde, das für eine derartige Nutzung keine offizielle Genehmigung hat. Zuvor hatten sich die Gläubigen jahrelang vergeblich um die erforderliche Erlaubnis der Stadtverwaltung bemüht.

Noch höher ist diese islamistische Gewaltbereitschaft gegenüber abweichenden islamischen Organisationen. Ein Hauptziel der Attacken sind Mitglieder der Glaubensgemeinschaft *Jemaah Ahmadiyah*, die *Mohammed* nicht als allein gültigen Propheten ansieht und daher als abweichend vom islamischen Glauben verurteilt wird. Da die Angehörigen dieser Sekte ständigen Attacken gegen ihre Dörfer und Moscheen ausgesetzt sind, veranlasste der Gouverneur von Lombok, eine Gemeinde dieser Gruppe aus ihren Dörfern auszusiedeln und in einem Notaufnahmelaager unterzubringen. Als zweiten Schritt empfahl die Provinzregierung, ihr Land in den Heimatdörfern aufzukaufen, um so eine Umsiedlung dieser Gruppe in eine andere Provinz vorzubereiten. Auf einem nationalen Kongress von Muslimorganisationen wurde diese Vorgehensweise als beispielhaft dargestellt.

Schlagzeilen machten auch die lautstarken Demonstrationen der islamischen Verteidigungsfront vor Kulturinstituten europäischer Länder, einschließlich des Goethe-Instituts. Ursache der Demonstrationen war die Durchführung eines Film-Festivals zum Leben Homosexueller in Indonesien. Die Polizei ermittelt nun gegen die indonesischen Veranstalter dieses Film-Festivals – allerdings ohne rechtliche Grundlage, da Homosexualität in Indonesien nicht verboten ist.

Die Beispiele zeigen, dass islamistische Gruppierungen gezielt Minderheiten angreifen, da sie vermeintliche islamische Werte verletzen. Den Anhängern der

Ahmadiyah-Glaubensgemeinschaft wird beispielsweise unterstellt, dass sie trotz Verbotes missionieren – ein Vorwurf, der auch gegen die evangelische *Batak*-Kirche erhoben wird. Andere Angriffsziele dagegen sind eher punktuell und haben einen gewissen symbolischen Charakter. Beispielsweise werden Filmstars aufgrund ihres Lebensstils oder ihrer lockeren Kleidung bedroht und bei der Polizei angezeigt. Inwieweit diese gewalttätigen Übergriffe aber von der breiten Bevölkerung in Indonesien getragen werden, bleibt fraglich. Vielfach scheint es so zu sein, dass die einfache Bevölkerung zunächst von den extremen Gruppierungen radikalisiert wird und die Übergriffe daraufhin billigt.

Inwieweit der neue, vom Präsidenten ernannte Polizeichef Timur Pradopo zu einer Lösung dieser religiösen Spannungen beitragen wird, bleibt fraglich. So spielte er als ehemaliger Polizeichef von West-Jakarta eine eher dubiose Rolle bei der Erschießung von Studenten der *Trisakti* Universität während der Unruhen, die zum Sturz des autoritären Präsidenten Soeharto im Mai 1998 geführt hatten. Ebenso gilt er als Freund der islamischen Verteidigungsfront (*FPI*), die wesentlich zu den religiösen Konflikten beiträgt. Im Oktober war er als Ehrengast bei einer Jahresveranstaltung dieser Organisation anwesend.

Ein Jahr Präsidentschaft von SBY – Kritische Stimmen

Der 20. Oktober 2010 markierte den ersten Jahrestag der Präsidentschaft von Susilo Bambang Yudhoyono (SBY). Die Freude darüber blieb aber verhalten. Nach einer Befragung des indonesischen Umfrageinstituts (*LSI*) zeigten sich über 50% der Befragten unzufrieden mit den Ergebnissen seiner Regierung in den Bereichen Rechtssicherheit, Menschenrechte, Korruptionsbekämpfung und wirtschaftliche Entwicklung. Die letztgenannte Bewertung ist zunächst verwunderlich, da die wirtschaftlichen Rahmendaten bei einem jährlichen Wachstum von 5% bis 6% durchaus positiv erscheinen. Trotzdem erreicht diese positive Entwicklung nur eine gewisse Schicht der Bevölkerung und die Kluft zwischen Arm und Reich wächst.

Erheblich schlechter als die Bewertung des Präsidenten ist die Einschätzung des gesamten Kabinetts unter Präsident SBY. Es zeigt sich, dass die Auswahl der Minister zu Beginn der Präsidentschaft allein vor dem Hintergrund parteipolitischer Interessen erfolgte. So war SBY zu diesem Zeitpunkt gezwungen, eine Koalition aus der national-orientierten Partei Golkar (Partei der funktionellen Gruppen) und islamischen Parteien zusammenzuführen. Diese Zusammenstellung führte zu einer nicht ausgeglichenen Verteilung der Minister hinsichtlich der Parteizugehörigkeit. Golkar als zweitstärkste Partei im Parlament erhielt nur drei Ministerposten, die islamische Partei der sozialen Wohlfahrt (*PKS*), die bei den Wahlen wesentlich weniger Wählerstimmen erreichte, errang dagegen vier Ministerposten. Ein weiteres Problem ist die unzureichende Eignung der Minister. So ernannte SBY 34 Minister, von denen 19 aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit und 15 aufgrund ihres beruflichen Hintergrundes ausgewählt wurden. Insbesondere die Leistungen der Minister mit Parteizugehörigkeit sind fragwürdig.

Aus diesem Grund fordert der Parteivorsitzende des Koalitionspartners Golkar, Aburizal Bakrie, eine Neubesetzung der Ministerposten im indonesischen Kabinett. Häufig kritisierte Politiker sind der Religionsminister Surya Dharma Ali, der Minister für Information und Kommunikation, Tifatul Sembiring sowie der Minister für Justiz und Menschenrechte, Patrialis Akbar. Dem Informationsminister Tifatul Sembiring wird beispielsweise unterstellt, dass seine kontroversen Äußerungen zu Differenzen in der Gesellschaft, religiösen Spannungen und Ausgrenzung von Minderheiten

führen. Trotz aller Kritikpunkte konnte sich der Präsident bislang nicht entscheiden, sein Kabinett umzustellen.

Die unzureichende Korruptionsbekämpfung wird häufig als eine weitere Schwäche der Regierung unter SBY genannt. Nach einer jährlich erscheinenden Studie der Korruptionsbekämpfungsbehörde (KPK) hat die Qualität und Integrität des öffentlichen Dienstes erheblich abgenommen. Dies betrifft insbesondere den Sicherheitssektor, bei dem eine Zunahme polizeilicher Gewalt feststellbar ist. Die Bemühungen zur Verringerung von Korruption im öffentlichen Dienst zeigen ebenfalls nur geringe Wirkungen. Nach dem Korruptionswahrnehmungsindex 2010 von *Transparency International* bleibt Indonesien in diesem Jahr weiterhin auf Position 110 von 178 Staaten. In der Region Südostasiens schneidet Indonesien damit weit schlechter ab als Singapur, Brunei, Malaysia und Thailand.

Nicht viel effizienter als die Regierungsleistung des Präsidenten und seines Kabinetts ist die Arbeit im Parlament, das ursprünglich vierzig Gesetzesentwürfe erarbeiten und verabschieden sollte. Tatsächlich wurden bislang nur fünfzehn Gesetzesentwürfe beraten. Keiner der Entwürfe fand Eingang in ein Gesetz. Dieses schlechte Ergebnis ist auf verschiedene Faktoren wie unzureichende Verfahrensstrukturen und mangelnde Arbeitsdisziplin zurückzuführen. Stärker nachgefragt sind dagegen Auslandsreisen von Abgeordneten beispielsweise nach Griechenland, um den *Code of Ethics* des dortigen Parlaments kennenzulernen. Die finanziellen Aufwendungen dieser Reise dürften in keiner Relation zu den gewonnenen Erkenntnissen stehen.

Mutmaßliche Korruptionsfälle im indonesischen Verfassungsgericht

Anfang November 2010 kamen erste Gerüchte auf, dass das indonesische Verfassungsgericht in Korruptionsfälle verwickelt sei. In einem Artikel der nationalen Tageszeitung „Kompas“ behauptete der Autor und Rechtsanwalt Refly Harun, dass Verfassungsrichter bei Verfahren zur Beurteilung von Lokalwahlen von unterlegenen Kandidaten mit Geld bestochen werden. Diese Zeitungsnotiz erregte großes Aufsehen in der Öffentlichkeit. Der Präsident des indonesischen Verfassungsgerichts, Prof. Mahfud, setzte eine interne Untersuchungskommission unter der Leitung des anklagenden Refly Harun ein. Die Untersuchung zeigte auf, dass tatsächlich der Tatbestand von Bestechungsversuchen gegenüber Richtern des Verfassungsgerichts besteht. Dies betrifft insbesondere den Aufgabenbereich der Überprüfung von Lokalwahlen, wo unterlegene Kandidaten Bestechungsgelder einsetzen, um Wahlergebnisse rückgängig zu machen, Neuwahlen zu veranlassen, bzw. Wahlsiege zu bestätigen. Ein konkreter Fall ist die Überprüfung der Wahlen im Distrikt Süd-Bengkulu auf Sumatra, bei der die Tochter eines Richters des Verfassungsgerichts Geldzahlungen von einem Kandidaten erhielt, der aufgrund einer langjährigen Haftstrafe nachträglich von den Wahllisten gestrichen wurde. Bei der internen Abstimmung des Verfassungsgerichts zur Verfassungsmäßigkeit dieses Ausschlusses stimmte lediglich dieser Verfassungsrichter für eine Zulassung des besagten Kandidaten und die Durchführung von Neuwahlen, während die anderen Richter des Gremiums dem Ausschluss zustimmten. Der Fall wurde der Antikorruptionsbehörde (KPK) übergeben, die nun den Vorgang weiter untersuchen wird. Der betroffene Verfassungsrichter bat aufgrund der Verwicklung seiner Tochter in die Bestechungsaffäre um eine frühzeitige Pensionierung. Ein weiterer Verfassungsrichter ist in ein Delikt bei der Anfechtung des Wahlausganges im Distrikt Simalungun/Provinz Nord-Sumatra verwickelt. Ein unterlegener Kandidat versuchte dabei, über Geldzahlungen das Gericht bei der Bewertung des Wahlausganges zu beeinflussen.

Durch diese Beschuldigungen wird das Image des indonesischen Verfassungsgerichts in der Öffentlichkeit erheblich beschädigt. Eine bessere Kontrolle dieses Staatsorgans wurde gefordert: Es wurde vorgeschlagen, eine übergeordnete Kommission einzurichten, die berechtigt ist, disziplinarische Verfahren gegen Angehörige des Verfassungsgerichts durchzuführen. Gleichzeitig bildete der Verfassungsgerichtspräsident eine interne Ethik-Kommission, die vom dienstältesten Verfassungsrichter, Harjono, geleitet wird. Sie soll derartige Fälle intern aufklären, während die strafrechtliche Verfolgung von der Polizei oder der Antikorruptionsbehörde durchgeführt wird.

Diskussion um die Stellung des Sultans als Gouverneur in der autonomen Provinz Yogyakarta

Die autonome Provinz kommt nicht zur Ruhe. Nach dem verheerenden Ausbruch des Vulkanes „*Merapi*“ stehen nun drängende innenpolitische Probleme an. Yogyakarta war früher ein Sultanat, das auch nach dem Unabhängigkeitskrieg eine besondere Stellung durch die Verleihung des Status einer autonomen Provinz innehatte. Dieser Autonomiestatus wurde während der Zeit des Präsidenten Soeharto nur unzureichend berücksichtigt. Nach dem Sturz des Soeharto-Regimes im Jahr 1998 klagte die Provinzregierung erfolgreich ihre Ansprüche ein, und zum ersten Mal konnte der jetzige *Sultan Hamengku Buwono X* zum Gouverneur gewählt werden. Im Jahr 2003 wurde er für eine zweite Amtsperiode bestätigt. Da nach dem indonesischen Wahlrecht Gouverneure nur für zwei Amtsperioden gewählt werden können, kamen schon bald Stimmen auf, die die Ernennung des Sultans als Gouverneur auf Lebenszeit einforderten. Aufgrund dieses Dilemmas wurde ein Gesetzentwurf erstellt, in dem dem Sultan und seinem Stellvertreter eine übergeordnete, repräsentative Position zugeordnet wird, die aber auch mit konkreten Amtsbefugnissen verbunden ist. Der vom Volk gewählte Gouverneur soll dagegen ausschließlich für die täglichen Amtsgeschäfte verantwortlich sein. Dieser Gesetzentwurf wird allerdings in der Provinz Yogyakarta mehrheitlich abgelehnt. Es kam zu großen Demonstrationen, die teilweise von der Provinzverwaltung initiiert wurden.

Diese Auseinandersetzungen zwischen National- und Provinzregierung basieren auf der Tatsache, dass der Sultan von Yogyakarta als nationaler Politiker bekannt ist, der die erfolversprechende Massenorganisation „*Nasional Demokrat*“ (Nationale Demokratie) mitbegründete. Diese soll später in eine politische Partei umgewandelt werden.

2. Außenpolitik

Barack Obama besucht Indonesien

Nachdem zwei geplante Indonesienbesuche des Präsidenten der Vereinigten Staaten aufgrund innenpolitischer Probleme in den USA abgesagt werden mussten, konnte Barack Obama im dritten Anlauf sein Versprechen wahr machen. Zur Freude vieler Indonesier besuchte er vom 9. bis 10. November Jakarta, wo er während seiner Kindheit vier Jahre gelebt hatte. Der Staatsbesuch war in eine längere Besuchsreise nach Südasien eingebunden. Zuvor stattete Obama Indien einen Staatsbesuch ab, danach nahm er am G-20 Gipfel in Seoul teil.

Aufgrund der besonderen Biographie des Präsidenten wurde der Besuch von der Bevölkerung sehr positiv aufgenommen und verlief ohne weitere Unruhen. Am ersten Tag des Besuches führte Obama längere Gespräche mit dem Präsidenten von Indonesien und dem gesamten indonesischen Kabinett. Dieser Gesprächsaustausch konzentrierte sich auf vier Aspekte: Verbesserte Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung, Unterstützung der noch jungen indonesischen Demokratie, Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen sowie die neue Führungsrolle Indonesiens im ASEAN-Staatenbund. Ein weiterer Schwerpunkt seines Besuches war der Religionsdialog mit Vertretern des größten islamischen Landes der Welt. Am zweiten Tag seines Besuches hielt Obama eine bemerkenswerte Rede zur Toleranz der Religionen an der Universität Indonesia vor ausgewählten Universitätsangehörigen und Studenten. Seiner Meinung nach ist Indonesien trotz aller Schwierigkeiten ein gutes Beispiel für eine pluralistische Gesellschaft, die unterschiedliche Religionen und Kulturen unter dem staatlichen Motto „*Bhinneka Tunggal Ika*“ (Einheit in der Vielfalt) zusammenfasst. Seinen Respekt vor dem muslimischen Glauben zeigte Obama durch einen Besuch der bekannten „Istiqlal“ Moschee in Zentral-Jakarta.

Auf politischer Ebene war der Besuch allerdings weniger ergiebig. Beide Präsidenten unterzeichneten ein „*Comprehensive Partnership Agreement (CPA)*“, das zu einer langfristigen Partnerschaft auf politischer und wirtschaftlicher Ebene führen soll. Ebenso verpflichteten sich beide Politiker, den G-20 Gipfel als das wichtigste Weltwirtschaftsforum zu stärken und das Vorankommen der Doha-Runde zu unterstützen. In diesem Kontext begrüßte der amerikanische Präsident den stellvertretenden Vorsitz Indonesiens in der G-20 Antikorruptionsarbeitsgruppe. Ein nennenswertes Ergebnis des Besuches wurde allerdings im Vorfeld erzielt. Die amerikanische Regierung erklärte sich bereit, das 12-jährige Waffenembargo gegen Indonesien aufzuheben, das aufgrund von Menschenrechtsverletzungen der indonesischen Eliteeinheit *Kopassus* verhängt worden war.

Führungsrolle von Indonesien im ASEAN-Staatenbund

Indonesien wird im Jahr 2012 den Vorsitz im ASEAN-Staatenbund übernehmen. Schon jetzt spielt Indonesien aufgrund seiner Größe eine wichtige Rolle in diesem Staatenverbund, wobei es in den Bereichen politische Zusammenarbeit und Menschenrechte eine gewisse Führungsrolle übernommen hat. Dies wird am Beispiel der Freilassung der burmesischen Oppositionspolitikerin Aung San Suu Kyi deutlich, bei der Indonesien eine wichtige diplomatische Rolle gespielt hat.

Für den künftigen Vorsitz von ASEAN hat sich Indonesien ehrgeizige Ziele gesetzt, insbesondere hinsichtlich einer besseren Integration der Mitgliedsländer und der Stärkung dieses Staatenbundes als gleichberechtigter Partner auf internationaler Ebene. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet sicherlich die Durchführung der beiden ASEAN Gipfeltreffen im April und November, sowie die Ausrichtung des East-Asia Gipfels, an dem sowohl der amerikanische als auch der russische Präsident teilnehmen werden. Dieses Gipfeltreffen ist damit ein hochwertiges Forum bestehend aus den zehn ASEAN-Ländern und Staaten wie China, Japan und Indien. Die gute Positionierung von Indonesien in internationalen Organisationen ist auch für eine verbesserte Vernetzung von ASEAN auf internationaler Ebene von großer Bedeutung. Auf längere Sicht muss diese Organisation allerdings klären, wie sie sich zu den Großmächten USA und China positionieren will. So befürchten westliche Länder, dass sich der politische und wirtschaftliche Einfluss Chinas weiter verstärken wird. Diese Einschätzung ist durchaus richtig, da China umfangreiche Investitionsvorhaben in ASEAN-Ländern plant und der Bildung einer Arbeitsgruppe

zur Abklärung der umstrittenen Grenzen im südchinesischen Meer zugestimmt hat. Die Besuche von Barack Obama in verschiedenen ASEAN-Ländern sind dagegen nur ein schwacher Ausgleich zu diesen Bemühungen der Volksrepublik China.

3. Wirtschaft

Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung benötigt Indonesien mehr Investitionsanreize

Anfang November erschien eine Studie der OECD, die aufzeigte, dass Indonesien die Auswirkungen der Weltwirtschafts- und Finanzkrise gut überstanden hat und durchwegs positive Wachstumsraten aufweist. Das Wirtschaftswachstum im Jahr 2010 übertraf mit 6% alle Erwartungen und soll laut einer Prognose des Finanzministers Agus Martowardojo im kommenden Jahr bei einem Wachstum in einer Spannbreite von 6,1 bis 6,4% liegen. Diese gute Entwicklung ist sicherlich auf die weiterhin steigende Nachfrage durch den großen indonesischen Binnenmarkt zurückzuführen. Allerdings konnte auch der indonesische Außenhandel, der im Jahr 2009 aufgrund der globalen Rezession deutlich geschrumpft war (Importe: -25%; Exporte: -15%), erheblich expandieren. Die Importe erhöhten sich im Vergleich zum Jahr 2009 um 52%, die Exporte stiegen um fast 45%. Hauptexportartikel sind vor allem Rohstoffe, aber auch Palmöl und Kautschuk, dessen Preise in letzter Zeit erheblich gestiegen sind.

Diese positiven wirtschaftlichen Eckdaten führen zu der Annahme, dass die Bedeutung Indonesiens als Wirtschaftspartner der Zukunft noch steigen wird. Es besteht die Vermutung, dass dieses Land erheblich von der Integration der ASEAN-Mitgliedsstaaten und der damit verbundenen Öffnung der Märkte profitieren wird. Diese wirtschaftliche Dynamik verbessert auch die Wettbewerbsfähigkeit von Indonesien als Investitionsstandort. In einem internationalen Vergleich des *Global Competitiveness Report* konnte sich dieses Land im letzten Jahr um 10 Positionen auf den 44. Rang verbessern. Die Volksrepublik China erreichte hier nur die 51. Position.

Die zunehmende Wettbewerbsfähigkeit von Indonesien wird allerdings durch erhebliche Defizite in der öffentlichen Infrastruktur beeinträchtigt. Aus diesem Grund plant die indonesische Regierung die Auflegung eines Investitionspakets für den Aufbau der Infrastruktur in Höhe von 160 Milliarden US-Dollar. Die geplanten Projekte sollen hauptsächlich durch die Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor finanziert werden, wobei vor allem Vorhaben in den Schwerpunktbereichen Energieverkehr und Transport unterstützt werden sollen. Ein Beispiel dafür ist der Bau einer Autobahn durch die gesamte Insel Java, die den West-Ost-Transport von Gütern erleichtern soll. Beim Bau von Großkraftwerken setzt Indonesien große Hoffnungen auf die chinesische Regierung. Bislang haben sich beide Länder auf den Bau von 27 Kraftwerken geeinigt, die die Engpässe in der Stromversorgung beheben sollen. Aufgrund der großen Kohlevorkommen in Kalimantan sind überwiegend Kohlekraftwerke geplant, die sich allerdings negativ auf das Erreichen der Umweltziele dieses Landes auswirken können.

Ein besonderes Problem im Infrastrukturausbau ist aber die unzureichende Qualifikation der zuständigen Behörden bei der Planung und Umsetzung der Vorhaben. Die Beamten sind insbesondere bei der Durchführung von Ausschreibungen von Großprojekten verunsichert. Vielfach herrscht Angst vor, dass bestehende Regelungen nicht eingehalten werden können und somit die zuständige

Behörde in Korruptionsverdacht gerät. Nach Ansicht des indonesischen Finanzministers Agus Martowardojo ist dies auch die Ursache dafür, dass die indonesischen Ministerien und Verwaltungen kaum in der Lage sind, die zur Verfügung gestellten Finanzmittel vollständig auszuschöpfen. Beispielsweise muss die Provinzverwaltung des Großraumes Jakarta jährlich bis zu ein Drittel des Investitionshaushaltes auf das nächste Haushaltjahr übertragen.

4. Sonstiges

Erneute Naturkatastrophen in Indonesien

Erhöhte vulkanische Aktivitäten Mitte Oktober 2010 verdeutlichen, dass Indonesien zu Recht dem „*Ring of Fire*“ zugeordnet werden kann. Zu diesem Zeitpunkt stufte das geologische Amt in Bandung (*Badan Geologi*) insgesamt acht Vulkane auf der Insel Java als gefährlich bis sehr gefährlich ein. Am 26. Oktober brach der Vulkan *Merapi* in der Provinz Yogyakarta aus und zerstörte Dörfer und Umlandgemeinden der Stadt Yogyakarta durch heiße Gaswolken und Lavagestein fast vollständig. Dank eines Frühwarnsystems konnten die Menschen allerdings vor der ersten Eruption rechtzeitig evakuiert werden. Insgesamt mussten während der verschiedenen Ausbrüche des *Merapi* immerhin 400.000 Menschen evakuiert werden. 242 Tote sind zu beklagen. Die Aschewolken führten zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Luftverkehrs. In der Zwischenzeit hat sich der Vulkan allerdings wieder beruhigt und die Menschen können in ihre Dörfer zurückkehren, um mit dem Wiederaufbau zu beginnen.

Eine weitere Katastrophe löste ein Unterseebeben der Stärke 7,7 an der Westküste Sumatras aus, das zu einer erheblichen Flutwelle (Tsunami) führte. Durch dieses Seebeben starben mehr als 400 Menschen, die überwiegend auf Inseln wohnen, die der Westküste vorgelagert sind. Der Wiederaufbau ist aufgrund der peripheren Lage der Dörfer schwierig.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
AUTOR: DR. ULRICH KLINGSHIRN
REDAKTION: DR. ULRICH KLINGSHIRN
LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX.: +49 (0)89 1258-359
E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
ERSTELLT IM: JANUAR 2011